



**WEGEN DER KRITIK VON WEIDEL AN YÜCEL UND POGGENBURG AN
TÜRKISCHER GEMEINDE**

STERN-Kolumnist: „AfD- Politiker sind Riesen- Arschlöcher“

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Immer mehr Linksgestörte jaulen auf wie getroffene Hunde, wenn AfD-Politiker den Finger in die offene Wunde legen und bisher totgeschwiegene Themen ans Tageslicht bringen. Linke hassen es wie die Pest, wenn sie die Deutungshoheit über Diskussionen verlieren. In der Markus Lanz-Sendung vom 20. Februar erregte sich der STERN-Kolumnist, Heute-Show-Texter und TV-Moderator Michael Beisenherz so stark über die AfD (siehe Video oben), dass er sich in die heftige Beleidigung „Riesen-Arschlöcher“ verstieg.

Beisenherz, der [einer der Autoren](#) der permanent AfD-bashenden „Heute-Show“ des ZDF ist und zusammen mit Carolin Kebekus, Sido und Simon Gosejohann die ProSieben-Sendung „Die nervigsten Deutschen“ moderierte, hatte sich bei Lanz als SPD-Wähler geoutet. Nun, in diesen Kreisen sind „Arschloch“-Beleidigungen gang und gebe, beispielsweise vom dunkelroten Bundestagsabgeordneten [Johannes Kahrs](#):

„Jetzt haben wir hier einen Haufen rechtsradikaler Arschlöcher im Parlament sitzen“

„Dieser Gauland ist ein mieser, dreckiger Hetzer. Solche Arschlöcher braucht niemand.“

Der Stein des linken Anstoßes war nun für Beisenherz, dass Alice Weidel es doch tatsächlich gewagt hatte, das derzeitige Lieblingskind der Linken, Deniz Yücel, zu kritisieren. Und André Poggenburg der Türkischen Gemeinde die Leviten las, die uns allen Ernstes den Begriff „Heimat“ absprechen wollte. Und uns dabei noch frecherweise unsere Vergangenheit vorhielt, obwohl gerade die Türkei sich seit über hundert Jahren hartnäckig weigert, den eigenen Völkermord an den christlichen Armeniern und Pontos-Griechen überhaupt anzuerkennen, geschweige denn zu bedauern.

Auch der türkischstämmige Grüne Cem Özdemir verlor am Donnerstag im Bundestag völlig die Nerven und steigerte sich in „Rassisten“-Diffamierungen hinein, obwohl die AfD einen absolut berechtigten Punkt zur Aussprache auf die Agenda gehoben hatte: Warum bekommt ein deutschlandhassender und menschenverachtender Türke, der nur aufgrund der völlig falschen Doppelpassregel zusätzlich auch noch einen deutschen Ausweis hat, eine solche Sonderbehandlung, dass sich die deutsche Regierung so intensiv vor allem um seine Freilassung bemüht? Im islam-faschistischen Erdogan-Knast schmoren schließlich noch einige andere Deutsche.

Zur Erinnerung: Diese Deutschland [zutiefst beleidigenden Formulierungen](#) sonderte Yücel in seiner Kolumne „Super, Deutschland schafft sich ab!“ am 4.8.2011 in der taz ab. Dies war weder satirisch noch ironisch, sondern seine Meinung:

„Die Einwanderer leisten ihren (freilich noch steigerungsfähigen) Beitrag zum Deutschensterben.“

„Der baldige Abgang der Deutschen ist Völkersterben von

seiner schönsten Seite.“

„Eine Nation, deren größter Beitrag zur Zivilisationsgeschichte der Menschheit darin besteht, dem absolut Bösen Namen und Gesicht verliehen und den Krieg zum Sachwalter und Vollstrecker der Menschlichkeit gemacht zu haben.“

„Halbe Sachen waren nie deutsche Sachen („totaler Krieg“, „Vollkornbrot“); wegen ihrer Gründlichkeit werden die Deutschen in aller Welt ein wenig bewundert und noch mehr gefürchtet.“

„Da das Ende Deutschlands ausgemachte Sache ist, stellt sich die Frage, was mit dem Raum ohne Volk anzufangen ist, der bald in der Mitte Europas entstehen wird: Zwischen Polen und Frankreich aufteilen? Parzellieren und auf eBay versteigern? Palästinensern, Tuvaluern, Kabylen und anderen Bedürftigen schenken? Zu einem Naherholungsgebiet verwildern lassen? Oder lieber in einen Rübenacker verwandeln? Egal. Etwas Besseres als Deutschland findet sich allemal.“

Außenminister Sigmar Gabriel von der Absturzpartei SPD bezeichnet Yücel trotz dieser massiven Beleidigungen [allen Ernstes](#) als „deutschen Patrioten“. Nachdem es unter Linken ja offensichtlich Volkssport ist, Deutschland zu beleidigen und zu hassen, sind Yücels Ergüsse wohl beste Tugenden in deren Sicht. Sogar der fürchterliche Bombenterror von Dresden mit zehntausenden von Toten, die zum Teil bei lebendigem Leibe grausam verbrannten, ist für die Linke Jugend in Dresden ein Karnevalsfest:



linksjugend Dresden

@linksjugend_DD

Folgen

Eine spontane Transpiaktion am Theaterplatz, während der Menschenkette, entdeckt. Bomben fliegen, großer Knall, so ist Dresdner Karneval. ㄒ(ツ)ㄒ #dd1302



18:18 - 13. Feb. 2018

Diesen menschlichen Abartigkeiten und der geistig-moralischen Verkommenheit vieler Linker setzt die AfD in den Parlamenten ihren sachlich fundierten gesunden Menschenverstand entgegen. Die Rede von Dr. Gottfried Curio im Bundestag zum Thema Yücel dürfte für jeden klar denkenden Bürger unseres Landes in allen Punkten nachvollziehbar sein:

Hervorragend auch die Rede des AfD-Bundestagsabgeordneten Dr. Marc Jongen, der die Aufregung um die Yücel-Debatte als „Schmierentheater“ bezeichnete:

Immerhin kommen Özdemirs Entgleisungen jetzt vor den Ältestenrat des Bundestages, wie [PI berichtete](#). Links verliert zusehends die Nerven, während Rechts bei den Bürgern immer mehr an Zustimmung gewinnt.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier. Von 2009 bis 2011 versuchte er im dortigen Integrationsausschuss vergeblich die Islamkritik zu etablieren. Im Mai 2011 wechselte er zur Partei „Die Freiheit“, wo er ab 2012 bayerischer Landesvorsitzender und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender war. Seine [Youtube-Videos](#) haben über 20 Millionen Zugriffe. Zu erreichen über [Facebook](#).



Toll-wütige „Schwarz-Fahrer“ beißen und schlagen Münchner

Von MAX THOMA | Primat für Primaten in der Münchner Trambahn – denn „[Planet der Affen – Survival !](#)“ war das Überlebensmotto für einen 26-jährigen Münchner Fahrgast am Freitag Abend in Höhe der noblen Nymphenburger Straße, einer der teuersten

Adressen Deutschlands.

Im Vorbeigehen streifte der Untertan der neuen „Alpha-Herrscher“ in der Tram aus Versehen den Fuß eines 20-jährigen Nigerianers „mit festem Wohnsitz in München“. Submissiv und höflich entschuldigte sich der 26-Jährige, denn für die weltoffenen Münchner gilt „Leben und leben lassen“ – die bekannte Liberalitas Bavariae.

Biss zum Abendgrauen

Nicht so für die neuen Gäste der deutschen Steuerzahler: Der Nigerianer folgte ihm in den hinteren Teil der Straßenbahn und schlug dem Münchner mit der Faust brutal ins Gesicht. Während dessen kam ein weiterer dunkel- und dünnhäutiger „Mann“ hinzu und schlug nach einem Wortgefecht dann gemeinsam mit dem 20-Jährigen „Schwarz-Fahrer“ den Münchner. Ein 24-jähriger Münchner, der vor dem 26-Jährigen saß, konnte bezeugen, dass noch ein weiterer Mann, ein 19-jähriger Ivorer mit Wohnsitz in München, sich ebenfalls an den Körperverletzungshandlungen beteiligte. Außerdem wurde der 26-Jährige durch einen der Männer in den Oberarm gebissen. Über 10 Prozent der Merkelgäste sind zudem Hepatitis-C-infiziert, diese wird durch animalische Bisse übertragen.

Am Stiglmaierplatz konnten die Körperverletzungen durch Polizeibeamte unterbunden werden. Die 20- und 19-jährigen Schwarzen wurden vor Ort festgenommen. Der dritte Mann, der zuvor ebenfalls zugeschlagen hatte, konnte vom Tatort flüchten. Alle drei erwartet nun eine Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung. Der 20-jährige Nigerianer muss sich zusätzlich wegen der „Körperverletzung zum Nachteil“ des 24-Jährigen verantworten. Die beiden toll-wütigen Afrikaner wurden nach der „[Sachbearbeitung](#)“ vor Ort sofort wieder untertänigst auf freien Fuß gesetzt.

Für alle Freunde der „Politischen Korrektness“ – wie immer – die Version von Prantls [LÜGDEUTSCHER ZEITUNG](#) – einem noch

aktiven Mitglied der volksschädigenden MerkelFa:

Drei junge Männer haben einen 26-jährigen Münchner in einer Trambahn in Neuhausen geschlagen und gebissen; er wurde dabei leicht verletzt. Einer der drei Angreifer schlug außerdem einem 24-Jährigen, der den Streit schlichten wollte, mit der Faust ins Gesicht.

Das Ganze geschah am vergangenen Freitag kurz nach 23 Uhr.

Der 26-Jährige habe in der Trambahn im Vorbeigehen versehentlich den Fuß eines 20-Jährigen gestreift, teilte die Polizei am Sonntag mit. Nach eigenen Angaben habe sich der Mann allerdings sofort dafür entschuldigt. Der 20-Jährige sei ihm dann aber in den hinteren Teil der Straßenbahn gefolgt und habe ihm mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

Dann sei ein weiterer Mann hinzugekommen und habe ebenfalls auf den 26-Jährigen eingeschlagen, teilte die Polizei mit. Und schließlich habe sich auch noch ein 19-Jähriger an den Angriffen beteiligt. Einer der drei Männer habe dem 26-Jährigen sogar in den Oberarm gebissen. Der 20-Jährige schlug außerdem einem 24-jährigen Mann, der den Streit schlichten wollte, mit der Faust ins Gesicht. Polizisten konnten die Attacken am Stiglmaierplatz beenden. Sie nahmen den 19- und den 20-Jährigen fest, dem dritten Angreifer gelang die Flucht.

Auch Lügenbaron Heribert Prantl ist noch auf freiem Fuß. Noch.

Am noblen Stiglmaierplatz mit Quadratmeterpreisen bis zu 12.000 € im „NY Living“ lebte übrigens der deutsche O EZ-Massenmörder „David S.“, besser bekannt als Deutsch-Iraner Ali Davoud Sonboli. Der traumatisierte Münchener Mord-Migrant wohnte auf Steuerzahlerkosten im „NY LIVING“ – direkt über dem Maserati-Showroom ...



AntiFa-Anschlag auf Tafel – der Linksstaat schlägt zurück!

Von JEFF WINSTON | Der Anschlag auf ehrenamtlich engagierte Bürger in der Nacht zum Sonntag dürfte die wenigsten Leser der FREIEN MEDIEN [überraschen](#) – denn der Linksstaat zeigt einmal mehr seine hässliche Fratze – selbstverständlich steuersubventioniert.

„Jeder gibt, was er kann“ steht auf den Transportern der Essener Tafel – und auch die AntiFa-Schutztruppen tragen ihren Anteil dazu bei. Auch sie liefern das, was sie können: krakelhafte Nazi-Schmierereien.

Natürlich kann der gewaltige und gewalttätige „Linksstaat im Staat“ noch mehr, Morddrohungen, brutale Anschläge auf [Andersdenkende und deren Kinder](#) sowie gezielte Körperverletzungen gegen Merkel-Kritiker, doch vorerst sollte es ein erster Warnschuss sein gegen den Verein „Essener Tafel e.V.“

„Nazis“ und „Fuck Nazis“ prangt nun in roter und schwarzer Farbe auf Türen und Fahrzeugen der Essener Tafel – denn das sind die traditionellen Farben der AntiFa sowie ihres Vorgängers, der SA. „Unbekannte“ durchaus Bekannte haben „das

in der Nacht auf Sonntag getan“ und wollten damit „[wohl Kritik üben](#)“ (Funke Medien-Gruppe !!) an der Entscheidung des privaten Hilfsvereins, vorerst nur noch deutsche Neumitglieder aufzunehmen – [PI-NEWS berichtete](#) als eines der ersten Medien über die Entscheidung.

Der Graffiti-Anschlag auf sechs Fahrzeuge und die Türen der Essener Tafel beschäftigen nun die Polizei Essen. Sie ermittelt gemeinsam mit dem Staatsschutz und bittet Zeugen, die Hinweise auf die Täter geben können, sich zu melden. Blöd nur für den Staatsschutz, wenn er gegen die Hintermänner und großzügigen Finanzierer des Anschlags ermitteln muss – den Deutschen Staat – der mittlerweile in Milliardenhöhe die Phalanx der rot-schwarz-grünen Volksschädlinge [fördert, anstiftet und deckt](#).

Denn alle Parteien sind im Merkeljahr 2018 mit von der Partie, wenn es darum geht, mit sprudelnden Steuermitteln gegen vernünftige Bürger, mahnende Politiker der Alternative für Deutschland und sozial engagierte Ehrenamtliche einzuschlagen – LINKE, GRÜNE, SPD, CDU und [selbstverständlich die CSU](#).

„Was für Idioten es auf der Welt gibt“ – speziell in der Meinungsdictatur Deutschland

Jörg Sartor, Vorsitzender der Essener Tafel e.V., nahm die Schmierereien äußerlich gelassen: „Wir werden das nicht wegmachen. Soll doch jeder sehen, was es für Idioten auf der Welt gibt.“

„Das ist sehr amateurhaft, wahrscheinlich waren das Balgen“, sagte der Tafel-Chef. Nach weiteren Anschlägen und Morddrohungen in den nächsten Tagen wird er wahrscheinlich „Balgen“ etwas relativieren ... der gute Mann hat – noch – die Ruhe weg, vorbildlich!

Die Einrichtung hatte sich zu diesem Schritt entschlossen, weil der Anteil der Migranten unter den 6000 Nutzern seit 2015 von rund 35 auf 75 Prozent gestiegen war – 4.500 der 6.000

Hilfsbedürftigen seien nun schmarodierende Asylbewerber und Migranten, die sich zunehmende Verteilungskämpfe gegen ältere deutsche Bedürftige und Senioren bei der Essener Essensausgabe lieferten. Schlimme Zustände habe es teilweise vor der praktisch kostenlosen Lebensmittelausgabe gegeben – Schubsereien, Aggressionen und Gedrängel waren auf der „Tageskarte“ – ältere Menschen wurden regelmäßig „weggeschubst“.

Ellbogen in die Rippen – eine Rippe Abstand halten

„Ja, genauso war es auch. Meine Frau und ich wurden auch mal weggeschubst und haben dann noch Ellbogen in die Rippen bekommen. Es ging den ‚Leuten‘ einfach nicht schnell genug. Die haben einfach keinen Anstand.“ Und keinen Abstand. Der Rentner muss seine mickrige Rente aufstocken, kommt seit drei Jahren – weil er muss, weil es sonst nicht zum Leben reicht. „Und seit zwei Jahren hat sich die Stimmung hier echt geändert. Alles ist viel aggressiver geworden“, sagt der [bedürftige deutsche Senior](#).

Ob die „Bedürftigen mit Migrationshintergrund“ vielleicht nicht wissen, dass sie sich anstellen müssen? Da das auch die Tafel-Mitarbeiter mitbekommen haben, wurde diese drastische Maßnahme ergiffen. „Man wolle wieder ein Gleichgewicht herstellen, man wolle die Oma, die seit sieben Jahren kommt und sich nun nicht mehr traut, wieder bei sich wissen“, so Sartor. Allerdings laufen vielen der 1.000 Tafeln in Deutschland die ehrenamtlichen Mitarbeiter scharenweise weg, die Tafel Wattenscheid verlor „[aufgrund gewalttätiger Übergriffe](#)“ beispielsweise über 300 Mitarbeiter in einem halben Jahr.

Anders als die Gelsenkirchener Tafel, die jetzt überlegt, ehrenamtliche Helfer zu „Ordnern“ auszubilden, plant Jörg Sartor keine Security bei der Essenausgabe. Er sagt: „Das ist absoluter Quatsch! Wenn es so weit käme, würde ich die Tür eher dauerhaft zusperren.“

Verein Tafel Essen: „Willst Du froh und glücklich leben, so lass kein Ehrenamt dir geben!“

Anlässlich der Entscheidung der Essener Tafel hagelte es in den letzten Tagen Kritik von allen Seiten – sogar die „Tagesschau“ berichtete ausführlich über die „Diskriminierung Schutzsuchender“. Auch kriminelle Schlepperverbände – so genannte Flüchtlingshilfeorganisationen – wie „Pro Asyl“ bezeichneten die Maßnahmen als diskriminierend.

Kritik: Maßnahme widerspräche „Gleichbehandlungsgrundsatz“: Falsch!

Die „Tafel“-Hilfsorganisationen bewahren Lebensmittel vor der Vernichtung und verteilen sie an Bedürftige. Die Empfänger müssen Hartz IV, Grundsicherung oder Wohngeld beziehen und dies der Tafel nachweisen. Die [Trennung nach deutschem oder nicht-deutschem Pass](#) sei sehr sehr ungünstig und widerspreche dem allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, bemängelte Inka Jatta, Mitglied der Geschäftsführung von „Pro Asyl“ Essen. Als privatrechtlicher Verein kann die Tafel Essen e.V. jedoch über ihren modus operandi sowie die Destinatäre rechtlich selbst bestimmen.

Auf Twitter wurden der Tafel Essen deshalb „Nazi-Praktiken“ vorgeworfen, weil sie zwischen Deutschen und Nichtdeutschen unterscheidet – diese Accounts wurden jedoch nicht gesperrt von der deutschen „Maasi“. Der Landesverband der Tafeln Nordrhein-Westfalen bestätigte einen starken Andrang von Migranten in den vergangenen beiden Jahren, davon seien durchweg alle Tafeln betroffen – dank gut organisierter kostenfreier Whats-App-Gruppen der „Bedürftigen“.

Lebensmittel fliegen in den Müll – Rassismusvorwurf

Doch die Konflikte bei den Verteilungen treten langsam überall hervor: Eine Tafel im sprichwörtlichen „Müllheim“ im Schwarzwald hatte für Flüchtlinge und die einheimische Bevölkerung [unterschiedliche Öffnungszeiten ausgewiesen](#) – auch

in Müllheim flogen frische Lebensmittel auf den Müll! Immer wieder sollen sich Flüchtlinge vorgedrängelt haben, hieß es. Der örtliche „Friedensrat“ hatte den freiwilligen Betreibern danach „unterschwelligem Rassismus“ vorgeworfen.

Bei vielen der 1.000 deutschen Tafeln herrschen mittlerweile katastrophale Zustände bei der Lebensmittelausgabe. Die ehrenamtlich arbeitenden Frauen würden zunehmend von den männlichen Asylbewerbern und „Familienvätern“ nicht anerkannt und respektiert, berichtete beispielsweise die Leiterin der thüringischen Ilmenauer Tafel, Christel Satzke. Sie sei auch selbst bereits Opfer eines tätlichen Angriffs durch Asylbewerber geworden.

So wollten sich einzelne muslimische Männer bei kostenlosen Tafeln in Nordrhein-Westfalen bei der Lebensmittelausgabe von Helferinnen nicht bedienen lassen – weil sie „unreine Frauen“ waren. Der Bundesverband der Tafel dazu: „Generell könnten Notsituationen, Existenzängste, Traumatisierungen und Sprachbarrieren Konflikte unter den verschiedenen Nutzergruppen schüren“.

Besonders zur Ausgabe der Nahrungsmittel an Montagen und Freitagen sei die Situation angespannt. Obwohl man den Asylbewerbern die kostenfreien Lebensmittel vorher zeige, die auf ihren Wunsch von den Ehrenamtlichen eingepackt werden und auf höchste „Halalität“ geprüft seien, würden sie anschließend in die Mülltonnen vor der Tür geworfen – respektive auf die angrenzenden Grünstreifen der Straße ...

Das „historisch einzigartige Experiment“ von einer monokulturellen zu einer „multi-ethnischen Demokratie“ ([ARD-Tagesthemen vom 20.02.](#)) ist zumindest bei der Essener Tafel gescheitert.

In den Worten der MerkelFa: „Fuck Nazis !“



Dortmund: Lebensgefährliche Messer-Attacke in Diskothek

Von JEFF WINSTON | Die Dortmunder Mordkommission kann sich derzeit nicht über zuwenig Arbeit beschweren. Auch in Werne im Kreis Unna kam es zu einer lebensgefährlichen „Auseinandersetzung“ – ausgehend von einer „[größeren Personengruppe](#)“, die sich in der Diskothek „Nachtschicht“ aufgehalten hatte. Die Tat erfolgte am frühen Samstagmorgen um 5 Uhr dann vor dem Lokal an der Kamener Straße. Bei dem eskalierten Streit wurden drei Beteiligte verletzt, eine Person wurde mit einem Messer attackiert und erlitt dabei lebensgefährliche Verletzungen.

Der Tatverdächtige, ein 23-jähriger „Mann“ aus Hamm, wurde bereits festgenommen. Die forensischen Ermittlungen dauern an. Der Tatort im Bereich der Kamener Straße wurde weiträumig abgesperrt. Am Vormittag sicherte die Kriminalpolizei noch Tatspuren vor Ort.

Genau vor einem Monat wurde im benachbarten Lünen der 14-jährige Leon von einem kasachischen Migrant an der [Käthe-Kollwitz-Gesamtschule](#) erstochen. Der 15-jährige „Mitschüler“ monierte, dass er zu der Tat angestachelt wurde, weil der getötete Jugendliche zuvor seine Mutter „nicht voll korrekt“ ansah.

Bunte Personengruppen feiern in Unna auf ihre Art

Der Kreis Unna bei Dortmund kommt nicht zur Ruhe in Zeiten des „historisch einzigartigen Experiments“ – bei dem gemäß tagesschau.de vom 20. Februar durchaus einzelne „Verwerfungen“ zuungunsten der Deutschen auftreten können.

Ende Oktober gaben anlässlich der Katharinenkirmes in Unna 50 „[Schutzsuchende](#)“ mittels Messern und Stöcken eine kleine Kostprobe dieser eingepreisten „Verwerfungen“: Die Aggressionen waren von einer größeren Gruppe Asylbewerber ausgegangen, Zeugen sprachen von Personen arabischen und südländischen Aussehens. Ein Großaufgebot der Polizei – 16 Streifenwagen aus dem ganzen Kreisgebiet, Dortmund, Soest und Hamm – „beruhigte“ dann die Situation auf der vormals fröhlichen Katharinenkirmes.

[Laut Polizei](#) waren teilweise dieselben Personen beteiligt, wie bereits bei einer „Schlägerei“ am vorausgegangenen Freitagabend am Hauptbahnhof in Unna. Bei dieser Auseinandersetzung sollen Gäste einer Schankwirtschaft durch Personen aus einer größeren Gruppe von Asylbewerbern unterschiedlicher Nationalitäten angegriffen worden sein – wobei laut Polizeibericht ebenfalls Stöcke und Messer „im Spiel“ gewesen waren.

An diesem Freitagabend ging in Unna zunächst der Notruf ein, dass eine männliche Person ein Mädchen verprügele. Vor Ort stellte sich heraus, dass ein 16-jähriger „Bewohner einer Jugendhilfeeinrichtung [aus Bönen](#)“ (sprich: MUFL) ein 17-jähriges Mädchen angegriffen hatte, das darauf ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Laut Polizeiangaben verhielt sich der „Bönener“ allerdings sehr aggressiv, pöbelte herum und trat so gegen das Mobiliar, dass dies beschädigt wurde.

Danach sollen Kneipen-Gäste von Mitgliedern einer größeren Gruppe von „Bönenern“ unterschiedlicher Nationalität angegriffen worden sein. Ein 47-Jähriger aus Unna wurde schwer

und ein 25-jähriger Unnaer ebenfalls verletzt ins Krankenhaus Unna eingeliefert. Zwei 18- und 19-jährige tatverdächtige Syrer aus Unna-Bönen und Unna-Massen wurden im Rahmen der Fahndungsmaßnahmen vorläufig festgenommen und ihre Personalien festgestellt. Die Ursache der „Auseinandersetzungen“ könne in einem mehrere Wochen zurückliegenden „Konflikt“ zwischen Asylbewerbern und Deutschen liegen. Nach Durchführung der erkennungsdienstlichen Maßnahmen wurden die syrischen Schutzbedürftigen wieder entlassen.

Unna-türliche Häufung von Vorfällen in Unna

Die Polizei sprach bei den Unnaer „Vorfällen“ von einer „[ungewöhnlichen Häufung](#)“ EINSCHLÄGIGER Auseinandersetzungen: Der Personenkreis der Aggressoren bestand aus bunt gemischten Nationalitäten – Afrikaner, Serben, Libanesen, Syrer und weitere Personen arabisch-südländischen Aussehens waren mit von der „Partie“. Zeugen sagten aus, dass in beiden Fällen zuerst die Deutschen angegriffen worden seien. Der planmäßige Verlauf der Transformation einer mono-kulturellen Demokratie in eine Multi-ethnische, gemäß dem in Würzburg geborenen „Harvard-Dozenten“ Yascha Mounk in den ARD [tagesthemen](#) dieser Woche.

Umma*-Massen kamen nach Unna-Massen

In Unna-Massen entstand im Zuge dieses großen Sozial-Experiments eine EAE (Erstaufnahmeeinrichtung) des „modernsten Typs“. Die Kosten dafür trug das Land Nordrhein-Westfalen, also der deutsche Steuerzahler. Für 2014 gab es [eine Prognose](#), dass zunächst 230.000 „Flüchtlinge“ nach NRW kommen würden, diese Prognose wurde dann auf 450.000 Personen korrigiert. Im Juni des Jahres 2015 wurden die zahlenmäßigen Erwartungen an die vollumsorgten „Schutzsuchenden“ jedoch bereits deutlich übertroffen.

Die Erstaufnahmeeinrichtung im Kreis Unna sei wie ein multi-ethnisches „Bürgeramt konzipiert“ und unterstreiche die

angewandte Willkommenskultur in Deutschland. Im „Welcome-One-Stop-Shop“ übernimmt die Kreisverwaltung Unna die ausländerrechtliche Registrierung, die Organisation von medizinischen und radiologischen Untersuchungen und den weiteren Transfer der Asylbewerber in andere Kommunen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entscheidet sogar vor Ort in Unna-Massen über die gezielte „Massen-Aufnahme“ der neuen Willkommens-Bürger.

Umma in Unna für fast „umme“ !

* *Umma: Arabisch für „Die weltweite Gemeinschaft der Rechtgläubigen“*



High Noon! Merkels Medien geht die Muffe

Von PETER BARTELS | BILD, Bild am Sonntag, der SPIEGEL heute sogar gleich dreimal: Merkels Medien reiben sich „plötzlich“ die Äuglein. Und sie stellen staunend bis widerwillig fest, dass sie nicht nur ein linkes Auge haben. Sowas aber auch ...

Ob BILD mit der für rüde Migranten endlich gesperrten „Tafel“ in Essen aus heiterem Himmel „arme deutsche Rentner“ entdeckt. Ob die BamS sich gar einen motzigen Titel traut: „Wie sicher ist es dort, wo ich wohne?“ Erst auf Seite 16 (sic) bessert sie nach: „Wie Un-sicher ist es dort, wo ich wohne?“ Und

listet dann pflichtgemäss kleinstgedruckt ganze Bleiwüsten über Mord, Totschlag, Vergewaltigung, Wohnungseinbrüche etc auf. Und schon in Zeile 45 ermordet dann sogar ein Migrant eine Frau. Keiner aus Syrien ... keiner aus dem Sudan. Nein, einer aus Tschetschenien; da kommen doch die armen Schweine her, die vor Putin weglaufen, oder? Nun ja, eine 60jährige Kunsthistorikern mußte diesmal dran glauben. Immer wieder Putin!! Ein paar Seiten vorher darf eine Bams-Autorin namens Hatice Akyün scheinheilig christlich fragen: "Was hat asoziales Verhalten mit der Herkunft zu tun?" Und vorschlagen: "Man hätte bei der Tafel in Essen Regeln aufstellen sollen." Hallejuha!! Gut, dass der liebe Gott sonntags nach dem Hochamt gern ein Nickerchen macht ...

Überhaupt: Wieso erinnert mich die BamS-Türkin an die berüchtigte "Armlänge Abstand" einer vor sich hin gilbenden Kölner Oberbürgermeisterin? Nun gut, die schämte sich ja auch nicht, im Karnevalskostüm einem ermordeten Kölner Polizisten am Tatort-Gleis den letzten Hohn zu geben. Immerhin, der rheinische CDU-Büttenredner Laschet war Trost an ihrer Seite – natürlich auch im Jecken-Jäckchen. Kommt halt an in Kölle bei der Jecken-Journaille...

Die Frage der türkischen BamS-Autorin hat im übrigen Henryk M.Broder auf ACHGUT längst treffend wie hinlänglich an SPD-Barley und Noch-Ministerin ("Bedürftigkeit ist das Maß, nicht der Pass") gepostet: "Der Pass kann gar nicht das Maß sein, weil mindestens die Hälfte der 'Geflohenen' ohne Pass eingereist ist..."

Dann exkulpiert der ACHGUT-Chef (früher SPIEGEL) generös: "Natürlich (ist das) kein Fall für die Familienministerin, sondern ein Beispiel für die ausufernde Armutsindustrie, die auch solche Knalltüten ernährt, wie den Kölner 'Armutsforscher' Christoph Butterwegge, der beinahe Bundespräsident geworden wäre. Er ist der Ansicht, dass 'die Konflikte vor Ort entschärft werden könnten, wenn es beispielsweise für alte Leute andere Öffnungszeiten gebe als

für Ausländer’.”

Broder seufzt sarkastisch: “Man könnte diese Idee weiter spinnen: Andere Öffnungszeiten für Frauen ... Männer ... Arbeiter ... Akademiker ... Homos ... Heteros ... Christen ... Juden ... Muslime. So könnten soziale Konflikte entschärft werden, ohne Ausgrenzung, ohne Vorurteile.” Schlusssatz: “Ja, die Frau (Barley) ist für alle da (auch für) Bedürftige und Unbedarfte.”

Ja, ja, den Merkel-Medien geht der Arsch auf Grundeis – die Leser laufen, die Zuschauer auch. Der SPIEGEL, einst “Sturmgewehr der Demokratie”, heute nur noch Chinaböller der Verlogenen und Verlorenen, schnappatmet gleich drei endlose Wandzeitungen ins Netz: “Medien – Was denken Sie? Eine Art Feldforschung, Teasertext: “Lügenpresse, Entfremdung, Elfenbeinturm: Die Zweifel an der journalistischen Arbeit sind immer noch hoch (sie schreiben wirklich: “noch”). Wir möchten Ihre Meinung erfahren. Schreiben Sie, stimmen Sie ab.”

Dann fleht ein besorgter Christian Stöcker via Kolumne: [“Bitte nicht mehr ‘Fake News’ sagen”](#)... “Hat die Debatte über Desinformation was genützt? ... Abgenommen hat die Propaganda jedenfalls nicht, wie die vergangenen Wochen aufs Scheußlichste zeigen” ... “Er ist immer noch da, dieser Begriff: ‘Fake News’ ... Beatrix von Storch, die Chefsatirikerin der AfD ... hat auf Twitter den Klimawandel mal wieder zur Fiktion erklärt... Al Gore habe gewettet, die Durchschnitts-Temperatur werde zwischen 2007 und 2017 ansteigen, das sei aber nicht passiert.” Dann faked der Spiegelfechter ideologiebrünstig grüne Tinte weiter: “Tatsächlich waren 2015, 2016, 2017 die drei heißesten Jahre in der Geschichte. Drei unabhängige Berechnungen haben das ergeben...”

Claro, grüner Genosse ... Inzwischen weiß leider sogar Trump (Har!Har!): 99,7 Prozent der Mitglieder des Weltklimarates sind KEINE Wissenschaftler, sondern glänzend mit Angstmacherei verdienende Politiker, Funktionäre, Umweltvereins-Meier –

Großverdiener, inklusive zweimal jährlich garantiertem und bezahltem Sonnenurlaub, mal für 10.000, mal für 5000 "Wissenschaftler". Businessclass, natürlich. CO2? Nicht, wenn GRÜNE Engel fliegen ...

Der Sonntagsprediger des SPIEGEL greift sich auch noch AfD-Alice: "Die behauptet, Deniz Yücel sei weder Deutscher noch Journalist (was definitiv stimmt!) ... von ihr selbst garniert mit dem Motto Fake News." Zielstrebig kommt der ultralinke Verschwörungstheoretiker zum feuchten Höschen: "Wenn Storch, Weidel ... Trump lügen, fällt das kaum noch auf. Aber genau das darf nicht passieren. Es ist anstrengend, es kann einen zur Verzweiflung treiben. Aber wir dürfen sie damit auf keinen Fall durchkommen lassen. Der Begriff Fake News gehört längst den Lügern."

Die Muffe flattert, der Arsch geht auf Grundeis, sagte man früher im Pott ... Kein Wunder, dass ebenfalls heute, am schönen Wintersonntag, eine nette Isabell Hülsen eine Art Magisterarbeit für den SPIEGEL verfaßt hat: "[Misstrauen gegen Medien](#)", leider ellenlang, Überschrift: "... das ich ständig belehrt werde, was ich zu denken habe". Freilich, wer lesen will, muß vorher zur "Kasse", dann kann er "jetzt lesen, später zahlen", 0,39 Euro. Zum Glück hat "Django eine Monatskarte" (Abo) ... In dieser Wandzeitung macht sich Hülsen (nomen est omen) auf die Suche des verlorenen Schatzes – den SPIEGEL-Leser. Gebildet, Mittelstand, sattes Gehalt. Einer heißt Artus Krohn-Grimberghe. Und "ist ein kluger Kopf. Aber die FAZ liest er schon lange nicht mehr. Den SPIEGEL hat er vor fünf Jahren abgestellt. Die Tagesschau guckt er nur noch ab und zu im Netz. Krohn-Grimberghe ist 37, blondes Haar, randlose Brille, Jeans, seit fünf Jahren Junior-Professor, Analytische Informationssysteme, künstliche Intelligenz". Hülsen läßt ihn sagen:

"Ich finde es widerlich, dass ich ständig belehrt werde, was ich zu denken habe" ... "Schuldendrama in Griechenland" ... Flüchtlingskrise ... Atomausstieg". Was er in den Medien darüber

gelesen und gesehen habe, "hat mehr mit Wunschdenken zu tun als mit der Realität", sagt er. "Qualitätspresse", die Form der Gebildeten für "Verachtung" (unsereinem reicht ja "Lügenpresse"...). Der "klassische" SPIEGEL-Leser Artus ist härter: "Als Wissenschaftler finde ich es unerträglich, wenn mir etwas 'alternativlos' verkauft wird ... In Parteien und Medien werde ständig so getan, als könne und dürfe es keine Alternative geben... Nicht zu Europa ... NICHT zur Flüchtlingspolitik ... NICHT zum Atomausstieg ... Dann: Von den Medien werde ihm dauernd vorgegeben, was er zu denken habe: dass Migranten willkommen zu heißen seien, auch Wirtschaftsflüchtlinge ... Dass Europa ohne EU nicht denkbar sei ... Eine Frauenquote zwingend fortschrittlich ... Wörtlich: "Anmaßend finde ich das".

Dieser Spiegel-Leser war früher Junge Union, dann CDU. Aus Protest gegen Merkels Flüchtlingspolitik und Rückratlosigkeit ist er ausgetreten... Über den gewaltsamen Tod der Deutschen Mia in Kandel sei in der Tagesschau erst gar nicht, dann nur widerwillig berichtet worden ... Was nicht ins Bild passe, finde nicht statt.

Die nette SPIEGEL-Reporterin seufzt: "Krohn-Grimberghe ist blitzschnell im Kopf und rhetorisch flink, so dass man ihm schwer Paroli bieten kann. Wo soll man anfangen, das Knäuel aus berechtigter Kritik, haltloser Unterstellung, Urteil und Vorurteil zu entwirren? Es ist kaum zu fassen, dass jemand wie (er) als Leser von der Fahne gehen konnte..." Und so liefert die eigentlich nette Reporterin Isabell Hülsen, was der SPIEGEL seit dem Abgang von Augstein und Aust bis zum Erbrechen liefert: Meinungs-Hülsen, Denk-Hülsen, Alternativlos-Hülsen. Nicht die Redakteure berichten falsch, die Leser lesen falsch.

Was die Herr/Innen Redakteure in den schicken Altbau-Wohnungen mit den hohen Stuckdecken wohl nicht mal mehr bis zum Arbeitsamt oder Hartz IV kapieren werden: Der Leser sitzt am längeren Hebel ...

Das gilt natürlich auch für Merkels Fresssäcke. Da heißt das Gesindel übrigens Wähler, Frau Nahles. Und die halten, wenn sie “auf die Fresse” versprechen. Siehe AfD, zweitstärkste Partei ...



Ex-BILD-Chef
Peter
Bartels.

[PI-NEWS-Autor Peter Bartels](#) war zusammen mit Hans-Hermann Tiedje zwischen 1989 und 1991 BILD-Chefredakteur. Unter ihm erreichte das Blatt eine Auflage von 5 Millionen. In seinem Buch [„Bild: Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung“](#), beschreibt er, warum das einst stolze Blatt in den vergangenen Jahren rund 3,5 Millionen seiner Käufer verlor. Zu erreichen ist Bartels über seine [Facebook-Seite!](#)



Darf Özdemir AfD-Abgeordnete pauschal Rassisten nennen?

Von R.B. | Das choleriche Auftreten des Grünen Cem Özdemir im Bundestag (Video oben) hat ein Nachspiel. Der erste parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, Bernd Baumann, kündigte in der „Bild am Sonntag“ an, dessen Rede zum Thema im Ältestenrat zu machen. Der Grüne hatte die AfD-Abgeordneten pauschal als „Rassisten“ bezeichnet. Außerdem dürfte der Ältestenrat darüber zu befinden haben, ob sich die amtierende Präsidentin richtig verhalten hat.

Özdemir hatte in seiner fünf Minuten langen Schimpftirade an die Adresse der AfD wörtlich gesagt: „Die Abgeordneten dieses Hauses kann ich nicht anders bezeichnen als Rassisten. Wer sich so gebärdet, ist ein Rassist“.

Warum sich der Grüne derart verstieg, blieb im Dunkeln. Denn zur Sache – die deutschlandverächtlichen und menschenverachtenden Äußerungen des türkisch-deutschen Journalisten Deniz Yücel – verlor Özdemir keine Sterbenssilbe. Insofern ist zu hinterfragen und gegebenenfalls zu sanktionieren, ob und warum die Mitglieder einer ganzen Fraktion pauschal als Rassisten bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies näher begründet wird.

Der „Rassismus“-Vorwurf war auch nicht von der amtierenden Parlamentspräsidentin Petra Pau (Linke) gerügt worden. Sie entschuldigte das in einer Erklärung während der Sitzung (im Video oben ab 6:10 min) damit, dass es vorkommen könne, dass von der Sitzungsleitung Fehler gemacht würden, die nachträglich zu rügen seien. Dafür sei der Ältestenrat da. Ihr sei es nicht möglich gewesen, in der hitzigen Debatte alle Äußerungen in ihrer Tragweite und Wirkung bis zuletzt zu überschauen.



AfD als Bürgeranwalt in Kommunen!

Der 29-jährige Dortmunder AfD-Kommunalpolitiker [Matthias Helferich](#) gehört zu den jungen idealistischen Kräften im NRW-Landesverband, die schon während der Vorsitztätigkeit von Marcus Pretzell [patriotischen Klartext](#) gesprochen haben. Diesen Überzeugungen ist Helferich auch als Mitglied des neuen NRW-Landesvorstandes treu geblieben. Zudem fordert der junge Doktorand der Rechtswissenschaften im Interview mit PI-NEWS eine Schärfung des kommunalpolitischen Profils in Gestalt einer „patriotischen Graswurzelarbeit“ und eines „unversöhnlich-oppositionellen Kurses in Fragen der Zuwanderung“.

PI: Herr Helferich, Sie haben im Sozialausschuss der Stadt Dortmund nach den konkreten „Integrationserfolgen“ von 60 eigens eingestellten mehrsprachigen Mitarbeitern am „Integration Point“ des städtischen Jobcenters gefragt. Als Antwort bekamen Sie zu hören, dass es keinerlei „statistische Auswertungen“ über Abbrecher- und Erfolgsquoten bei Sprach- und Integrationskursen geben würde. Wie bewerten Sie ein derartiges Verwaltungshandeln?

Helferich: Leider überrascht das Handeln der Verwaltung nicht: Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Selbst das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beklagte jüngst, dass vier von

fünf Migranten nicht das Sprachlevel „B1“ erreichen würden. Gerade dieses ist aber Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt. Wir erleben eine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme, die letztlich die Sozialstaatlichkeit Deutschlands zerstören wird. Allein Dortmund gab in 2017 rund 40 Millionen Euro für „Flüchtlinge“ aus arabischen Ländern aus und 11 Millionen Euro für die Armutsmigration aus Südosteuropa. Ganze Stadtteile verelenden und soziale Spannungen sind nur noch durch große Umverteilungsprogramme abwendbar. Hier bildet sich eine unheilige Allianz aus kommunalen Sozialpolitikern und den Wohlfahrtsverbänden, die sich gewinnbringend unter dem Deckmantel der Menschlichkeit für die Integration der Migranten „engagieren“.

Haben Sie den Eindruck, dass mit dem Geld der Steuerzahler in Sachen Integrations- und Asylkosten insgesamt sorgsam umgegangen wird?

Auch hier muss ich resignierend feststellen, dass das große Füllhorn der Sozialstaatlichkeit fest in den Händen der Migrationslobby aus Sozialverbänden und Altparteipolitikern liegt. Sicherlich gibt es auch förderungswürdige Projekte für Migranten in den Kommunen, diese lassen sich aber an einer Hand abzählen. Auch der Wohnungsmarkt gerät im Ruhrgebiet zunehmend unter Druck. Rund 90 Prozent der zugewiesenen „Flüchtlinge“ leben bei uns in Wohnungen des städtischen Wohnungsvorhalteprogramms – dies unabhängig von ihrem Asylstatus! Eine Frage der Solidarität ist es auch, Kapazitäten für die Menschen frei zu halten, die unsere Solidarität verdienen. Wenn man die Entsolidarisierungsprozesse in unseren Städten nicht weiter befeuern will, müssen sich die kommunalen Ausländerbehörden zu Abschiebungen durchringen. Allein in Dortmund werden 1500 Ausländer geduldet. Die Kosten bleiben bei den Gemeindebewohnern hängen, da sich Land und Bund nach drei Monaten aus der Finanzierung abgelehnter Asylbewerber ausklinken. Ein Kollaps der städtischen Haushalte ist damit

vorprogrammiert.

Wie haben Sie bisher den Umgang der Dortmunder Stadtspitze und der Altparteien mit der AfD erlebt?

In Dortmund sind wir derzeit mit drei Ratsherren und mir als sachkundigem Bürger vertreten. Bei der Kommunalwahl 2020 werden wir wohl mit mindestens sechs Vertretern in den Stadtrat sowie in zahlreiche Bezirksvertretungen einziehen. Gerade in der „Hochburg der Sozialdemokratie“ spürt man die Angst und Nervosität der Kartellparteien. Ich schätze einige wenige Ratsmitglieder, die sich uns gegenüber fair und demokratisch verhalten. Das Gros der Etablierten übt sich allerdings in Beschimpfungen und Ausgrenzungsritualen. Elisabeth Noelle-Neumann sagt: „Wer keine Isolation scheut, kann öffentliche Meinung verändern!“. Bis 2020 bilden wir also die Vorhut einer starken AfD-Ratsfraktion – das stehen wir durch!

Welchen Stellenwert messen Sie persönlich der kommunalpolitischen Arbeit zu und wieviel Aufmerksamkeit sollte die AfD insgesamt dem Thema widmen? Ist die sogenannte „patriotische Graswurzelarbeit“ überhaupt noch wichtig – jetzt, wo die AfD bereits im Bundestag und fast allen Landtagen sitzt?

Zur „patriotischen Graswurzelarbeit“ gehört insbesondere die kommunale Verwurzelung. Die AfD muss sich als Bürgeranwalt etablieren, der die Verwaltung kontrolliert und Missstände konsequent aufdeckt. In Fragen von Zuwanderung und Ordnungspolitik empfehle ich zukünftigen AfD-Fraktionen einen unversöhnlich-oppositionellen Kurs in den Gemeindevertretungen. Unsere Politik darf aber nicht durch einen reinen Protest gekennzeichnet sein. Sie muss in bestimmten Sachfragen auch konsensfähige Lösungsansätze bieten, die die Lebensverhältnisse der Bürger spürbar verbessern. Die AfD kann sich kommunalpolitisch, entgegen öffentlicher Schmähungen, als freiheitliche Partei

präsentieren. In den Gemeinden, die von „Dachbegrünungszwang“ und „Diesel-Fahrverboten“ bedroht sind, braucht es vernunftorientierte, freiheitliche Politik – dieses Profil gilt es für uns zu schärfen.

Was sollten Ihrer Meinung nach also die Konsequenzen mit Blick auf die Kommunalwahl 2020 im einwohnerreichsten Bundesland sein? Und würde die aktuelle personelle Basis der NRW-AfD in den Kreisen, Städten und Gemeinden überhaupt ausreichen, um auch ambitionierte kommunalpolitische Ziele verfolgen zu können?

Im Landesverband NRW werden derzeit zahlreiche Maßnahmen zur Vorbereitung der Kommunalwahl getroffen. Es bilden sich Arbeitsgruppen in den Kreisen, die die Kommunalwahl thematisch wie personell begleiten. Erfahrene AfD-Kommunalpolitiker tauschen sich immer häufiger mit angehenden Ratsmitgliedern aus. Man spürt, dass das Interesse an der Gestaltung der eigenen Gemeinde wächst. Sekundiert wird diese positive Entwicklung von unserem bundespolitischen Erfolgskurs, der immer mehr Neumitglieder zu uns führt. Die Menschen stellen zunehmend fest, dass die AfD eine deutschlandweite Bürgerinitiative ist, die dazu einlädt, sich aktiv für seine Heimat zu engagieren. Ich freue mich daher auf 2020!

Vielen Dank für das Gespräch, Herr Helferich.



Nicht die „Tafel“, sondern die Politik ist das Problem!

Von WOLFGANG HÜBNER | Der [exemplarische Konflikt in Essen](#) um die Verteilung der Armen- und Bedürftigenspeisung des dortigen „Tafel“-Vereins wirft ein grelles Schlaglicht auf zwei grundsätzliche Probleme: Erstens auf eine Schieflage in der staatlichen Gemeinschaft, zweitens auf die Rangfolge sozialer Unterstützung in Deutschland. Diese Probleme sind nicht gottgegeben, sondern resultieren aus politischem Versagen und ideologischer Verblendung. Wer beides nicht wahrhaben will, kann den Konflikt weder verstehen noch lösen.

Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, dass in einem der reichsten Länder der Welt, dem Waren- und Supermoralexportchampion Deutschland, die Zahl derjenigen, die auf wohltätige Verteilungsaktionen der im ganzen Land tätigen „Tafeln“ angewiesen sind, größer geworden ist. Nichts könnte diese skandalöse Schieflage im verwahrlosten Sozialstaat deutlicher dokumentieren. Diese Feststellung beinhaltet in keiner Weise eine Kritik oder Geringschätzung der Tätigkeit der „Tafeln“ und ihrer vielen Helfer und Unterstützer. Schließlich versuchen sie ja nur eine Schieflage zu lindern, die ignoranter politischer Verantwortungslosigkeit geschuldet ist.

Selbstverständlich gibt es in jedem Land Lebensversager, Arbeitsscheue und aus unerfreulichen Gründen gescheiterte Menschen. Für sie kann und muss ein Mindestlebensunterhalt organisiert werden, nicht mehr und nicht weniger. Daneben existiert aber auch eine nicht geringe Zahl von Staatsbürgern, die wegen unglücklicher Umstände, privater Tragödien oder unzureichender Altersversorgung auf staatliche oder karitative Hilfe angewiesen sind. Deutschland ist wohlhabend und immer noch gut organisiert genug, um diesen Menschen in nicht demütigender Weise eine würdige, wenngleich keine üppige

Teilhabe am Leben in der staatlichen Gemeinschaft zu ermöglichen.

Finanziell wäre das überhaupt kein Problem, wenn die Politik in Deutschland nicht dem Wahn verfallen wäre, die Grenzen für Sozialmigranten aus aller Welt zu öffnen, aberwitzige Millionen monatlich für sogenannte „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ zu zahlen und großzügig ethnische Minderheiten zu subventionieren, von deren Population nur ein geringer Teil zum wirtschaftlichen Wohlstand beiträgt.

Und damit sind wir schon beim zweiten Problem, nämlich der Rangfolge sozialer Unterstützung. In Essen ist es die schiere konkrete Not, die die dortigen „Tafel“-Verteiler zu der Maßnahme veranlasst haben, deutschen Bedürftigen den Vorrang vor Ansprüchen von Ausländern zu geben. Doch in einer Zwangssituation wurde in Essen grundsätzlich richtig gehandelt. Denn selbstverständlich müssen die Eigenen Vorrang vor den Fremden haben.

Allerdings ist das in einem Land, in dem unaufhörlich Selbsthass und Selbstverachtung geschürt und gefördert, jedoch Fremdenliebe bis zur Selbstaufgabe gepredigt und praktiziert wird, alles andere als selbstverständlich. Die persönlich allesamt materiell bestens abgesicherten Freunde und Profiteure der Supermoral jaulen ob der Essener Entscheidung laut auf, allen voran eine SPD-Politikerin, die derzeit geschäftsführende Sozialministerin ist. Doch Katarina Barley hat in ihrem Lebenslauf keine einzige Station, in der sie auch nur peripher Bekanntschaft mit der sozialen Situation von „Tafel“-Bedürftigen gemacht haben dürfte.

Das ist ihr nicht vorzuwerfen, aber anzumerken ist es schon. Eine wie sie kann und will sich auch deshalb nicht vorstellen, was den Essener „Tafel“-Verein zu seiner vielkritisierten Entscheidung gebracht hat. Für Barley existiert zudem aus ideologischer Sicht kein Unterschied zwischen den Eigenen und den Fremden. Im Gegenteil: In ihrer universalistischen

Gesinnungsethik rangieren die armen oder für arm gewählten Fremden womöglich noch vor armen Deutschen, die sowieso längst nicht mehr wählen gehen, schon gar nicht mehr die SPD.

Es ist völlig unerheblich, ob die natürliche Bevorzugung der Eigenen und des Eigenen von Barleys parteiübergreifenden Gesinnungsgenossen als „Sozialegoismus“ oder gar als „Sozialrassismus“ gebrandmarkt wird. Denn man kann sich darauf verlassen, dass ein Großteil der Eigenen, also der Abstammungsdeutschen ebenso wie ganz besonders der gut integrierten neudeutschen Deutschen, sehr wohl versteht bzw. zu verstehen lernt, nach welcher Rangfolge soziale Unterstützung gegeben werden muss.

Da beißt die Maus keinen Faden ab: Der Sozialstaat in Deutschland ist erst einmal für die Deutschen, das Staatsvolk, da. Und wenn dieses Prinzip gilt und auch praktiziert wird, dann wird gewiss noch sehr viel, aber eben nicht alles auch für Fremde übrig sein. Am besten übrigens dort, wo es die nachhaltigste Wirkung entfaltet, also zum Beispiel in Flüchtlingslagern in der Nähe von Bürgerkriegsstaaten wie Syrien oder bei konkreten Projekten der Hilfe zur Selbsthilfe in Schwarzafrika.

Das ist alles gar nicht schwer zu verstehen. Doch die parasitär Volkeinkommen und Volksvermögen verschlingende Sozialindustrie, die Betreiber und Profiteure der Umvolkung sowie ein entweder korrumpiertes oder von Moralwahn infiziertes politisches Personal will, mag oder kann das begleitet vom volkspädagogischen Dauerfeuer der dienstbaren Medien nicht begreifen. Umso notwendiger ist es, gerade an konkreten Beispielen wie in Essen zu zeigen: Die Eigenen haben Vorrang vor den Fremden!



Hübner auf
der Buch-
messe 2017
in
Frankfurt.

[PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner](#) schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der 71-jährige leidenschaftliche Radfahrer ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar.



**Video: Geistige Brandstifter
hinter den linken**

Straßenterroristen

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am Freitag Abend wurde bei Pegida Fürth wieder einmal sichtbar, wie linke Hetzer verbal den Boden bereiten, so dass linke Straßenterroristen anschließend patriotische Demokraten attackieren, ihre Autos zerstören, Häuser beschädigen, Fensterscheiben mit Steinen einschmeißen, körperlich verletzen und mit verleumderischen Denunzierungskampagnen beruflich sowie gesellschaftlich zu zerstören versuchen. Im Raum Nürnberg ist für diese verbalen Verleumdung maßgeblich die selbsternannte „Rechtsextremismus-Expertin“ Birgit Mair verantwortlich. Sie und ein weiterer Sprecher der linksextremen Gegendemo warfen in Fürth mit faktisch völlig falschen und stigmatisierenden Beleidigungen nur so um sich. Wer die anständigen demokratischen Patrioten von Pegida Fürth übelst als „rassistische Idioten“, „braune Pest“ oder „rassistische Hetzer“ verleumdet, betätigt sich als verantwortungsloser geistiger Brandstifter (siehe Video oben).

Die seit drei Jahren andauernde Diffamierungskampagne in Fürth und Nürnberg ist ein sehr gutes Beispiel, wie entgegen der belegbaren Tatsachen linke Aktivisten das politische Klima vergiften. Gernot H. Tegetmeyer und Riko Kows haben in Mittelfranken mit einer klaren politischen Linie die vereinzelt national-sozialistischen Extremisten, die sich in der Anfangszeit unter die Spaziergänger zu mischen versuchten, von der Bildfläche verschwinden lassen. In der überschaubaren Anzahl von im Schnitt rund 50 Patrioten befinden sich nachweislich nur patriotische Demokraten aus der Mitte der Gesellschaft. Die Redner sind ausschließlich kritisch gegenüber dem Islam, dem Asylmissbrauch, dem Linksruck in der politischen, medialen und gesellschaftlichen Landschaft sowie den EU-Fehlentwicklungen, aber nullkommanull „rassistisch“, „völkisch“ oder „nationalistisch“.

Die [Diplom-Sozialwirtin Birgit Mair](#) lebt offensichtlich gut aus dem 100-Millionen-Topf des politisch missbrauchten

„Kampfes gegen Rechts“ und muss ihre Existenz wohl auf Teufel komm raus rechtfertigen. Seit 2008 sitzt sie im Koordinierungsgremium der „Allianz gegen Rechtsextremismus“ der Metropolregion Nürnberg. Seit 2009 betreut sie die Ausstellung „Rechtsradikalismus in Bayern“ des BayernForums der Friedrich-Ebert-Stiftung. Seit 2014 arbeitet sie unter anderem als Referentin für das Bayerische Seminar für Politik e.V., die Georg-von-Vollmar-Akademie Kochel/See sowie die Akademie Frankenwarte in Würzburg. 2013 konzipierte sie die Wanderausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“, die bisher mehr als 140 Mal bundesweit gezeigt wurde. Sie beschränkt ihre Aktivitäten aber nicht auf die Aufklärung über wirkliche national-sozialistische Rassisten und Ausländerfeinde, sondern sie bekämpft mit einem blinden Fanatismus alles nicht-linke Patriotische. Mair lebt wie die Made im Speck des völlig aufgeblähten Schattenkampfes gegen „Rechts“.

Für ihre Daseinsberechtigung sucht sie geradezu händeringend nach vermeintlichen „Nazis“ für ihre Agitationen. So [veröffentlichte sie im Mai 2015](#) auch eine „Analyse der Redeinhalte“ von Pegida Nürnberg, in der sie wahrheitswidrig von „völkischem Nationalismus“, „deutscher Blut und Boden-Ideologie“, „rassistischer Hetze“ und „Verunglimpfung von Muslimen“ faselt.

Was für ein kompletter Blödsinn. Mair hat offensichtlich zu viele Hitler-Filme angesehen und überträgt sie in ihrer feuchten Phantasie auf Pegida. Da der Islam keine „Rasse“ ist, kann die Islamkritik folglich auch kein Rassismus sein. Sie ist vielmehr eine internationale und weltweit agierende Bewegung, denn die faschistische Ideologie im Deckmantel einer „Religion“ drangsaliert schließlich überall dort die Menschen, wo sie sich ausbreitet. Das linksverdrehte Machwerk von Mair wurde von ver.di Mittelfranken „unterstützt“ und damit wohl auch finanziert.

In Nürnberg wird Mair [am 5. April im Gewerkschaftshaus](#)

[Nürnberg](#) den Vortrag „Neonazismus und Rassismus in Nordbayern und Handlungsstrategien dagegen“ halten, bei dem sie mit absoluter Sicherheit Pegida Mittelfranken mit hineinziehen wird, denn Gernot Tegetmeyer ist in der Region der aktivste Veranstalter von Kundgebungen. Ziel ihrer Diffamierungskampagnen ist ganz wesentlich, Pegida gesellschaftlich zu diskreditieren, damit sich die konservativen Bürger nicht trauen, zu den Spaziergängen zu kommen. Wahrheitsfälschende linke hinterhältige Propaganda, die jener der DDR kaum nachsteht.

Die Verleumdungskampagnen von Mair & Co in Nürnberg findet in ähnlicher Form in ganz Deutschland auf vielen Ebenen statt. Politik, Medien, Kirchen, Gewerkschaften und Sozialverbände sind durchsetzt mit fanatischen Linksideologen. Auch der staatsabhängige öffentlich-rechtliche Rundfunk stellt bereitwillig seine Bühne für diese Hetze zur Verfügung. So hat der politisch hochkorrekte, mainstreamhörige, opportunistische und obrigkeits-speichelleckende GEZ-Talker Markus Lanz am 20. Februar den ganz offensichtlich linksverdrehten Moderator und Stern-Kolumnisten Michael Beisenherz über die „Riesenarschlöcher der AfD“ hetzen lassen. Ein eigener PI-Artikel hierzu, der sich auch mit der völligen Entgleisung des Grünen-Abgeordneten Cem Özdemir in der Bundestagsdebatte über den Deutschlandhassenden Denis Yücel beschäftigt, folgt in Kürze.

Ich versuche immer wieder durch Interviews mit den zumeist blutjungen linken Gegendemonstranten aufzuzeigen, wie verblendet sie durch verantwortungslose Verleumder wie Mair sind. Um ihnen aufzuzeigen, dass ihre „anti-faschistischen“ Aktionen bei AfD, Pegida und anderen bürgerlich rechtskonservativen Bürgerbewegungen völlig fehl am Platze sind. So nutzte ich beispielsweise die Gelegenheit beim Politischen Aschermittwoch der AfD in Osterhofen, um mich mit den jungen „Aktivisten“ auszutauschen:

Bei denkblokierten, sturen und verummten Linksfaschisten wird man nichts erreichen, aber wer seine Hirnzellen noch halbwegs nutzt, dürfte allmählich die Sinnlosigkeit seines Handelns erkennen. Am Abend nach der Fürther Pegida-Kundgebung habe ich diverse Gespräche mit interessierten Linken geführt, die auf mich zukamen und sich zunehmend kritische Gedanken über den Islam machen. Wir haben es mittlerweile nicht mehr mit einem starren linken Gegenblock zu tun, denn die Front bröckelt so langsam. Angesichts der sich verschlimmernden Zustände auf den Straßen lassen sich linke utopische Traumvorstellungen von schrankenlosem Multikulti auch nicht mehr so leicht rechtfertigen. Es gab in Fürth sogar bei den beinharten Gegendemonstranten Gesprächsbedarf:

Leider haben die Polizeipräsidenten in Bayern wohl die Parole ausgegeben, dass ich mit meinen Interviews „provizieren“ wolle. Sowohl in Osterhofen als auch in Fürth und Nürnberg höre ich diesen stereotypen Vorwand von Einsatzleitern immer wieder, damit sie diese Gespräche unterbinden können. Dabei dienen sie der Aufklärung, De-Eskalation und Ausräumung von Missverständnissen, um Linken klarzumachen, dass ihre von gewissenlosen Demogogen eingetrichterten Feindbilder von „rassistischen Nazis“ bei uns überhaupt nicht zutreffen. Sondern dass wir vielmehr klar analysierende Bürger aus der Mitte der Gesellschaft sind, die die Gefahren des faschistischen Islams spätestens am 11. September 2001 erkannt haben und seit über zehn Jahren öffentlich davor warnen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass dieses Hochdrehen der linksextremen Propaganda und die dreisten Zensurversuche von Maas, Kahane & Konsorten nun die letzten Zuckungen der 68er-Bewegung sind, die die Zeichen der Zeit nicht zu erkennen vermögen und der Bedrohung durch den Islam nicht nur ratlos gegenüberstehen, sondern ihn auch noch aus linksdeologischer Verbohrung heraus maßgeblich unterstützen. Dies habe ich auch in dem Interview, das der Rosenheimer Journalist Stefan Bauer am Rande des politischen Aschermittwochs der AFD mit mir

fürhte, zum Ausdruck gebracht. Die Zeit der Linken läuft allmählich ab:

Der AfD kommt nun die Aufgabe zu, diesen verheerenden politischen Missbrauch des „Kampfes gegen Rechts“ im Bundestag und in den Länderparlamenten anzuprangern, um anschließend eine Umbenennung dieser Maßnahmen in „Kampf gegen Extremismus“ zu fordern, damit neben den wirklichen verfassungsfeindlichen National-Sozialisten endlich auch den gewalttätigen International-Sozialisten und den terrorisierenden Islamfaschisten der Saft abgedreht wird.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier. Von 2009 bis 2011 versuchte er im dortigen Integrationsausschuss vergeblich die Islamkritik zu etablieren. Im Mai 2011 wechselte er zur Partei „Die Freiheit“, wo er ab 2012 bayerischer Landesvorsitzender und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender war. Seine [Youtube-Videos](#) haben über 20 Millionen Zugriffe. Zu erreichen über [Facebook](#).



Stadtbücherei Gummersbach rüstet auf „gegen Rechtsextremismus“

Von SARAH GOLDMANN | Das linksbunte Utopia lebt nicht davon, dass man Positives darüber berichten könnte, sondern dass dieses Positive behauptet, gesetzt, vorausgesetzt wird. Und es lebt zweitens und erst recht davon, dass ständig eine Bedrohung der Utopie herbeifantasiert wird, hier von „rechts“. Wer dann ein Guter im System sein will, muss seine Ergebenheit von Zeit zu Zeit unter Beweis stellen. Was wäre das konkret im Falle einer Bibliothek?

Na klar, die Anschaffung entsprechender Literatur. Und die gibt es wohl mehr als genug (und auch solche dahinter, die damit ihren Lebensunterhalt bestreiten). Ein Buch oder ein anderes Medium (gegen Rechts) ist entsprechend dann auch nicht ganz billig, 90 Euro muss man dafür schon auf den Tisch legen, wenn der Bericht der [„Oberbergischen Volkszeitung“](#) tatsächlich zutreffen sollte.

Und was, wenn es ausgeliehen wird? Gut, ein Zweitexemplar dazu. Wenn großes Interesse am Thema besteht (oder unterstellt wird)? Vielleicht ein Dutzend Bücher zum Thema? Viel zu wenig. Wenn man als vorbildliche Bibliothek gegen Rechts gelten will, „nimmt man richtig Geld in die Hand“, so wie in Gummersbach. Das war auch nicht besonders schwer, denn das Land NRW hat es ja und gibt's auch gerne. Gleich 100 Bücher und andere Medien

wurden in Gummersbach angeschafft, Durchschnittspreis 90 Euro das Stück, um wirklich alle, bis hin zu Schulklassen, mit der „Bedrohung von rechts“ vertraut machen und den imaginären gemeinsamen Feind bekämpfen zu können:

Die Kreis- und Stadtbücherei in Gummersbach sowie das Medienzentrum Oberberg haben rund 100 Bücher und Hörmedien zum Thema Rechtsextremismus im Wert von rund 9000 Euro erhalten. Anlass dafür ist die Initiative „NRWeltoffen“ des Landes Nordrhein-Westfalen als Teil des lokalen Handlungskonzepts gegen Rassismus in Oberberg.

„Die Bürger haben nun die Möglichkeit, aktuelle und umfassende Literatur zu Rassismus, Rechtsextremismus, Terrorismus, Prävention und Gewaltbereitschaft zu nutzen“, sagt Gudrun Martineau von der Koordinierungsstelle Netzwerk gegen Rechts. Romane, Filme, Biografien oder Sachbücher, aber auch Kinder- und Jugendliteratur stehen zur Verfügung. Sämtliche Titel aus diesem neuen Themen-Fundus können auch in allen anderen teilnehmenden Büchereien Oberbergs bereitgestellt werden.

„Zudem werden dem Medienzentrum, vorrangig für den Schulunterricht und online ausleihbar, audiovisuelle Medien zur Verfügung gestellt“, sagt Christian Bürgin, Leiter der Kreis- und Stadtbücherei.

Gefeiert wird die Stadtbücherei für ihren Einkauf vom [„Netz gegen Rechts“](#) im Oberbergischen Kreis, „ein großes ländliches Gebiet, in dem so Manches im Verborgenen, abseits der Wahrnehmung der Öffentlichkeit, bleiben kann“, so die Befürchtung der bunten Schnüffler. Deshalb haben sie neben der Indoktrination („pädagogische Maßnahmen für Schülerinnen und Schüler“) auch das „Sammeln von Hinweisen“ im Programm. Daneben das übliche „Information, Aufklärung über und Bewusstmachen von rassistischen, diskriminierenden, fremdenfeindlichen Vorkommnissen oder Haltungen im Alltag“.

Was das praktisch bedeutet, weiß man hinlänglich, es reicht von anstößigen Wörtern („Mohr“, „schwarz“) bis zu verdächtigen Zahlenkombinationen (Hausnummer 18 weist zum Beispiel auf den GröFaZ hin, wenn das Haus auf der rechten Straßenseite steht) und so weiter. Dahinter stehen wie immer alle, die nicht alle Tassen im Schrank haben. Neben vielen Gemeinden und den üblichen Parteien sind es „Vereine und Organisationen“ wie die Aidshilfe oder „Oberberg ist bunt, nicht braun“, Wohlfahrtsausschüsse, die Kirchen und – neben mehreren Schulen – auch das staatliche Schulamt für den Oberbergkreis.

Wer sich ein Bild vom bunten Treiben und der angebotenen Literatur machen will, kann das jederzeit in der Kreis- und Stadtbücherei in Gummersbach und besonders in knapp vier Wochen, am Donnerstag, dem 22. März. Dann können sich interessierte Leser bei den „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ einen Überblick über die Literaturbestände in der Ausleihe verschaffen. „Zu dem Termin werden einige Titel aus dem Portfolio in den Räumen der Kreis- und Stadtbücherei vorgestellt.“ Sollten einige unserer Leser demnächst einmal dort sein, würden wir uns über kleine Berichte freuen.

Kontakt:

Kreis- und Stadtbücherei Gummersbach
Christian Bürgin
Moltkestr. 43
51643 Gummersbach
Tel.: 02261 / 2 39 00
E-Mail: buecherei@gummersbach.de

(Spürnase: Ingrid)